

Mein NEWSLETTER



Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisabgeordneter für MSP & MIL
Betreuungsabgeordneter für WÜ & AB



März 2018

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir befinden uns in der Fastenzeit. Ich hoffe, dass die verrückte Zeit in der SPD nun vorbei ist und wir uns wieder darauf besinnen, was die Menschen bewegt.

Denn die Menschen in unserem Land wollen gut regiert werden. Die Sozialdemokratie hat dies in den letzten 20 Jahren 16 Jahre lang getan und ich kann sagen: „Wir haben richtig gut regiert“. Damit will ich nicht behaupten, dass alles richtig und genug war. Es stehen noch Aufgaben an. Aber wirtschaftliche Stärke, Mindestlohn, abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren können sich wohl sehen lassen.

Die Entwicklung seit der Bundestagswahl zeigt, dass wir auch jetzt wieder gebraucht werden. Die Sozialdemokratie hat seit 155 Jahren Verantwortung übernommen und wir haben uns noch nie aus dem Staub gemacht, andere schon.

Dass dieser Weg zur Entscheidung kein leichter ist, zeigen die Diskussionen in der Partei. Ich bin froh, dass wir die Entscheidung jedem Einzelnen überlassen. Einen demokratischeren Weg gibt es nicht. Die große Koalition ist nicht der Wunsch und auch nicht das Ziel der SPD, dennoch werbe ich für den Eintritt in eine große Koalition, weil wir das Land besser machen wollen und Lust auf das Regieren haben. Wir können das und werden das auch unter Beweis stellen, falls wir die Zusage im Mitgliedervotum erhalten.

Wichtig ist, dass wir nach dem 4. März zusammenbleiben. Egal wie das Mitgliedervotum ausgehen möge. Respekt voreinander und Zutrauen ineinander sollte uns verbinden.

Noch sind wir in der Fastenzeit, wir gehen aber mit großen Schritten auf Ostern zu. Und ich glaube an die Auferstehung.

Viel Vergnügen beim Lesen

Ihr/ Euer

INHALT

- 2 **Klartext: Die Bundeswehr braucht keine Hochrüstung**
- 3 **Sachgrundlose Befristungen**
- 6 **Mitgliederdiskussionen zum Koalitionsvertrag**
- 7 **Politischer Aschermittwoch**
- 8 **„Doudrü g' hört geredt“ zum Breitbandausbau**
- 9 **Bahnhof & Hallenbad**
- 10 **Sophies Post aus den USA**
- 11 **Gastbeiträge der MdLs**

KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13
97737 Gemünden
Tel. 09351 6036563
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 73434
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB
Obertorstr. 13, 97737 Gemünden



Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



GEDENKTAG FÜR DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS

Bereits seit 22 Jahren findet Ende Januar im Bundestag eine Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus statt. Die Stunde ist stets ein Moment des Innehaltens im politischen Betrieb. Halbmast auf dem Reichstag und ruhige Atmosphäre im Saal. Aber etwas war diesmal anders: Der Applaus war nicht immer einhellig. An einigen Stellen klatschten Abgeordnete der AfD nicht mit.



In diesem Jahr hielt Anita Lasker-Wallfisch, die den Holocaust nur überlebte, weil sie Cello spielen konnte, eine ergreifende Rede: „Hass ist ganz einfach ein Gift. Und letzten Endes vergiftet man sich selbst.“ Sie meinte es für damals, sie meinte es für heute.

Wir, die nächsten Generationen, haben keine Schuld, aber immer stärkere Verantwortung, dass so etwas nicht mehr passiert und die Erinnerung wach gehalten wird.



KLR TXT

DIE BUNDESWEHR BRAUCHT KEINE HOCHRÜSTUNG

Panzer, die nicht fahren, Westen, die nicht wärmen und Flugzeuge, die nicht fliegen. Der aktuelle Bericht des Wehrbeauftragten zeichnet das Bild einer funktionsuntüchtigen Bundeswehr.

Und trotz der ständigen Zusicherungen von der Leyens wird die Lage zunehmend schlechter. Kann die Erhöhung des Wehretats von derzeit 1,2 Prozent auf die von Trump geforderten 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hier die rettende Lösung sein?

Wohl kaum. Die desaströse Situation der Bundeswehr liegt nicht an mangelnder Finanzierung, sondern an ineffizienter Koordination und schlechtem Management.

Wir brauchen eine gut ausgestattete Bundeswehr, die in der unsicheren Lage auf der internationalen Bühne gemeinsam mit unseren europäischen Partnern agieren kann. Dazu braucht es keine Hochrüstung, sondern Effizienz, Arbeitsteilung zwischen den Staaten der Europäischen Union und eine zuverlässige Steuerung im Ministerium.

Unsere Soldatinnen und Soldaten leisten eine hervorragende Arbeit und genießen dafür zu Recht international einen ausgezeichneten Ruf. Sie haben es verdient nicht im Regen stehen gelassen, sondern nach Kräften durch unsere Politik unterstützt zu werden. Nur so kann die Bundeswehr zukunftsfest gemacht und mit dem Frieden im Blick ihren Aufgaben gerecht werden.

Meine Positionen zu vielen weiteren politischen Themen finden Sie auf www.bernd-ruetzel.de

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



MINDESTLOHN BALD BEI 9,19 EURO?

Es ist noch etwas hin, doch die Berechnungen gehen schon los: Zum 1. Januar 2019 steht die nächste Erhöhung des Mindestlohns an. Die Anzeichen mehren sich, dass es ein ordentliches Plus geben wird.

Das Statistische Bundesamt hat jetzt seine Berechnungen zur Entwicklung der Tariflöhne veröffentlicht. Dazu haben die Statistiker ausgerechnet, um wie viel Prozent die Tariflöhne seit der letzten Erhöhung des Mindestlohns gestiegen sind. Und so errechnet die Behörde den Tarifindex, in den etwa 700 Tarifverträge in Deutschland einfließen:

- Der Index der monatlichen Stundenverdiens-te ist im Zeitraum von Dezember 2015 bis Dezember 2017 um 4,8 Prozent gestiegen.
- Rein rechnerisch ergäbe das eine Erhöhung um 42 Cent auf 9,26 Euro.
- Aber: Als Ausgangswert wird nicht der aktuelle Mindestlohn von 8,84 Euro, sondern ein Wert von 8,77 Euro genommen.
- Grund: Als der Mindestlohn erstmals von 8,50 auf 8,84 Euro erhöht wurde, wurde bei den Berechnungen der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst vorgezogen berücksichtigt. Damit er nicht doppelt in die nächste Erhöhung einfließt, hat ihn das Statistische Bundesamt nun wieder herausgerechnet

Wenn die Mindestlohnkommission bei ihrer Entscheidung im Juni dieser Berechnung folgt, könnte der Mindestlohn zum 1. Januar 2019 auf 9,19 Euro erhöht werden. Ich bin guter Dinge, dass es dazu kommt und hoffe auf eine ordentliche Erhöhung. Unsere wirtschaftliche Lage gibt es allemal her.

Wir haben die Entscheidung über Erhöhungen des Mindestlohns vor vier Jahren in die Hände einer



unabhängigen Kommission gegeben. Bei den Tarifpartnern ist die Aufgabe dort, wo sie hingehört. Da wir der Kommission auch aufgegeben haben, auf einen angemessenen Mindestschutz der Beschäftigten zu achten, bin ich zuversichtlich bei der weiteren Mindestlohnentwicklung.

BUNDESTAGSDEBATTE ZU SACH- GRUNDLOSEN BEFRISTUNGEN

Am 22. Februar diskutierten wir im Parlament über einen Antrag der LINKEN zum Thema Sachgrundlose Befristungen.

Ich sprach für die SPD-Bundestagsfraktion und möchte meine Rede hier in der Mitschrift der Bundestags-Protokollanten dokumentieren:

Bernd Rützel (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich jedenfalls danke den Linken. Ich bin froh, dass heute noch einmal über diesen Antrag diskutiert wird.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir haben das oft getan. Ich glaube, es ist gut, dass wir so die Möglichkeit haben, über Ergebnisse unserer Koalitionsverhandlungen zu sprechen. Meine Kollegin Gabi Hiller-Ohm hat das schon wunderbar erläutert.

Ich will anhand dreier Punkte sagen, warum das für uns im Moment so wichtig ist:

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



Wir begrenzen die erlaubten Befristungen. Wir verkürzen die Dauer. Wir schränken Kettenbefristungen drastisch ein.

(Beifall bei der SPD)

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB, hat in seinem aktuellen Heft bescheinigt, dass wir damit den stärksten Eingriff in das Befristungsrecht seit 1985 vornehmen. An dieses Jahr kann ich mich gut erinnern. 1985 hat die Kohl-Regierung die sachgrundlose Befristung eingeführt. Ich war damals 16 Jahre alt, war Jugendvertreter, bin auf die Straße gegangen und habe dagegen demonstriert, weil das ungerecht war. Deswegen bin ich froh, wenn wir jetzt wieder stark eingreifen, um hier zu regulieren, und 400 000 Menschen – so viele profitieren davon,

wahrscheinlich sogar noch mehr – deutlich besser stellen.

(Beifall bei der SPD)

Manche mögen das wenig finden. Die sagen vielleicht: Ja, aber es gibt 1,3 Millionen sachgrundlos befristete Verträge, und nur 400 000 profitieren von der Vereinbarung. – Aber, Kolleginnen und Kollegen, ist das nichts? Ist das keine Verbesserung? Ist das nicht ein großer Fortschritt? Ich glaube schon, dass wir den Betroffenen schuldig sind, dass wir das tun. Wir haben jetzt die Möglichkeit dazu. Wir wollen das und werden das auch tun.

(Beifall bei der SPD)

Ich will ein Beispiel nennen. Ein Unternehmen mit 200 Beschäftigten darf künftig nur noch fünf Arbeitsverträge sachgrundlos befristen. Das ist eine deutliche Verbesserung gegenüber heute. Außerdem – ich habe es gesagt – werden wir die Zahl der unsäglichen Kettenbefristungen begrenzen. Das muss doch Ihre Zustimmung finden, liebe Kolleginnen und Kollegen, die den Antrag eingebracht haben.

Ich bin froh, dass die Union am Ende der Koalitionsverhandlungen doch noch ihren Widerstand dagegen aufgegeben hat. Das ist gut für unser Land, und irgendwann finden auch Sie gut, dass das unbefristete Arbeitsverhältnis wieder die Regel wird.

(Anja Karliczek [CDU/CSU]:

Das ist doch längst die Regel!)

Ich bin nicht der Einzige, der das so sieht. Reiner Hofmann, der DGB-Vorsitzende, schreibt, unser Verhandlungsergebnis bringe eine wichtige strukturelle Verbesserung. Auch Frank Bsirske, der Verdi-Vorsitzende, lobt die geplante Neuregelung und sagt, wir würden damit das Leben vieler Menschen verbessern.

(Beifall bei der SPD)

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



Und die beiden müssen es wissen.

Wir könnten uns noch mehr vorstellen, aber dafür braucht man Mehrheiten. Das ist der Unterschied zwischen realer Politik und Wünschen. Von daher lasst uns das jetzt anpacken.

Ich will noch eines sagen: Wer befristet angestellt ist, bildet seltener einen Betriebsrat und geht seltener in eine Gewerkschaft. Wer befristet beschäftigt ist, bekommt auch seltener einen Kredit bei seiner Bank und kann seine Zukunft weniger planen. Aber diese Bedingungen, dieses Miteinander haben uns doch insgesamt stark gemacht. Von daher brauchen Menschen nicht nur einen Job; sie brauchen einen sicheren Job. Das ist ein Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Thomas Oppermann: *Kollege Rützel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?*

Bernd Rützel (SPD): *Jawohl.*

Vizepräsident Thomas Oppermann: *Bitte sehr.*

Pascal Meiser (DIE LINKE): *Lieber Kollege, vielen Dank für die Gelegenheit, eine Zwischenfrage zu stellen und kurz zu intervenieren. – Sie haben von Mehrheiten gesprochen. Deswegen will ich vorweg sagen: In der letzten Legislatur hätte es die Mehrheit gegeben. Hätten Sie so viel Mut gehabt wie bei der Ehe für alle, dann hätten wir in der letzten Legislaturperiode die sachgrundlose Befristung komplett abschaffen können. Das wäre eine wunderbare Sache gewesen. Es ist schade, dass Sie den Mut nicht hatten.*

Jetzt kümmern Sie sich um 400.000 Menschen; das ist schön. Aber 900.000 Menschen lassen Sie im Regen stehen. Und es gibt viele praktische Fragen, die auch die Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften – Sie haben ja einige zitiert – umtreiben. Mir stellt sich schon die Frage, wie Sie sich das eigentlich genau vorstellen.

Wer soll die Schwellenwerte in den Betrieben kontrollieren? Was machen wir mit Betrieben, wo es keinen Betriebsrat gibt? Wie soll das dort geregelt werden? Das sind doch komplizierte Details, und aus unserer Sicht – wir können uns das nicht vorstellen – gibt es nur halbseidene Regelungen. Warum haben Sie nicht den Mut, die sachgrundlose Befristung komplett abzuschaffen? Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der LINKEN)

Bernd Rützel (SPD): *Erstens, lieber Kollege, bin ich Ihnen für diese Frage sehr dankbar; denn sie eröffnet mir die Gelegenheit, noch einmal zu betonen, dass wir wahrscheinlich viel mehr hätten machen können in der letzten Legislatur. Aber eine Regierung braucht Verlässlichkeit; das gilt für beide Seiten. Wenn man sich verabredet, zu regieren, dann hält man auch zusammen. Jeden Tag eine andere Mehrheit in diesem Hause zu suchen, bringt keine Kontinuität. Das wissen Sie, das haben Sie in die Frage hineingelegt; darüber haben wir schon oft gesprochen.*

Zweitens. Wir lassen niemanden im Regen stehen. Wir verbessern konkret das Leben vieler Menschen in Deutschland, nicht nur in diesem Bereich, auch in vielen anderen Bereichen. (Beifall bei der SPD) Wenn wir etwas verbessern, dann ist das auf jeden Fall besser, als nichts zu tun und niemandem zu helfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Von daher will ich noch einmal betonen, dass durch die Vereinbarung eine deutliche Verbesserung eintritt. Ich hoffe, dass wir das, was wir in unseren Koalitionsverhandlungen vereinbart haben, bald in Regierungsverantwortung zum Wohle von mindestens 400 000 Beschäftigten umsetzen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



MITGLIEDERDISKUSSIONEN ZUM KOALITIONSVERTRAG

Überall in Deutschland diskutieren derzeit Genossen und Genossinnen die Ergebnisse des Koalitionsvertrags. So auch in den Landkreisen Main-Spessart, Miltenberg und in Würzburg und Aschaffenburg.



Vieles, was in diesen Tagen so in der SPD los ist, macht mir Mut und stimmt mich optimistisch für unsere Partei. Die zahlreichen Neueintritte gehören dazu. Die rappenden Veranstaltungen mit durchweg konstruktiven Diskussionen und die hohe Motivation, die ich bei allen Teilnehmern spüre.

Und wir tun etwas, was in den vergangenen Tagen nach Ansicht des ein oder anderen vielleicht zu kurz gekommen ist: Wir diskutieren und politisieren miteinander, so wie ich es gern habe und mit meiner Gesprächsreihe "Brotzeit, Bier, Politik" auch weiterhin immer wieder anbieten möchte.



In Marktheidenfeld diskutierte ich mit den Mitgliedern des SPD-Kreisverbandes Main-Spessart.

Natürlich, der Vertrag ist ein Kompromiss, aber mit 70 % sozialdemokratischem Inhalt, wie Wissenschaftler mit einer speziell-entwickelten Software

zuletzt bestätigten. Und das sehen auch die meisten Veranstaltungsteilnehmer so und wollen deshalb dem Koalitionsvertrag, so wie er steht, zustimmen.



Über 70 Mitglieder kamen zur Diskussion nach Miltenberg.

Was mich aber besonders überzeugt, ist die große Beteiligung und Zustimmung junger Leute zu unserem Ergebnis. Und das gilt auch für ursprüngliche Groko-Gegner: Ein junger Mann erzählte mir am Rande der Veranstaltung in Marktheidenfeld, dass er vor kurzem der SPD beigetreten sei, um gegen die Groko zu stimmen und dann wieder aus der Partei auszutreten. Ein Blick in den Vertrag und die Verhandlungsergebnisse haben ihn überzeugt. Er wird uns treu bleiben und zustimmen.



Auch das Felix-Fechenbach-Haus war bei der Diskussionsveranstaltung voll besetzt.

Und ich werbe weiter dafür: Lasst uns das Verhandlungsergebnis nicht zerreden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden gebraucht.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



POLITISCHER ASCHERMITTWOCH IN LOHR AM MAIN

Bei uns Sozialdemokraten kommt bei all der Politik auch die Geselligkeit nicht zu kurz. Bester Beleg dafür ist stets der Politische Aschermittwoch, den ich heuer bei der SPD Main-Spessart in Lohr mit traditionellem Heringsalatessen begehen durfte.



Drei Redner auf einem Bild: Zusammen mit dem SPD-Kreisvorsitzenden und Landtagskandidaten Sven Gottschalk und dem Bezirkstagskandidaten Harald Schneider.

In meinem Grußwort ging ich kurz auf den Koalitionsvertrag ein. Druckfrisch hatte ich die 177 Seiten mitgebracht und konnte über den ein oder anderen Verhandlungserfolg berichten, wie beispielsweise die Mindestausbildungsvergütung, die Einschränkung sachgrundloser Befristungen und die geplante Abschaffung von Kettenbefristungen.



Überzeugend war auch der Redebeitrag von Landtagskandidat Sven Gottschalk, den ich für den besten Mann, der Main-Spessart im Landtag vertreten wird, halte: Er ist bodenständig, verkörpert unsere Ideale und ist eine glaubhafte Persönlichkeit.



Sachlich und dennoch kurzweilig war sein Redebeitrag, der sich damit im Stil deutlich vom Bierzelt-Getöse der CSU abhob und bei den über 40 Besuchern sehr gut ankam.

Die ein oder andere Spitze gegenüber den politischen Konkurrenten war selbstverständlich trotzdem dabei. So zum Beispiel zu Söders 10-Punkte Plan: "Da ist viel Gutes drin - kein Wunder, denn da werden mehrheitlich Punkte genannt, die die Opposition im Bayerischen Landtag - allen voran die BayernSPD - seit Jahren ständig fordern, bisher aber immer abgelehnt wurden. Aber mit „Copy and Paste“ kennt sich die CSU ja spätestens seit Guttenberg sehr gut aus."



Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



SCHNELLES INTERNET IN LANGENPROZELTEN



Volles Haus, kritische Fragen und gute Vorschläge, was angesichts der bestehenden Probleme einiger Langenprozelter Bürgerinnen und Bürger in Sachen Internetversorgung zu tun ist - das war „Doudrü g'hört geredt“ zum Thema Breitbandausbau. Rund 40 Betroffene und Interessierte waren gekommen, um die Verantwortlichen zu hören.

Die gute Nachricht: Langenprozelten ist flächendeckend mit Breitbandinternet mit mindestens 30 Mbit/s versorgt.

Die weniger gute Nachricht: Den wenigsten Bürgerinnen und Bürgern ist bekannt, welcher Anbieter wo ausgebaut hat und welche Leistung entsprechend wo und von wem angeboten wird.



Eine mögliche Lösung: Ein Kooperationsvertrag zwischen Netzbetreiber und den verschiedenen Internetanbietern über die Nutzung der bestehenden Leitungen. Darüber könnte sichergestellt werden, dass die Kunden - gleich bei welchem Anbieter sie sind - das vorhandene schnelle Internet von mindestens 30 MBit/s auch nutzen können.



Mittlerweile hat mich die Telekom benachrichtigt, dass sie grundsätzlich bereit und interessiert sei, eine Kooperation mit HAB-Net DSL auf der Basis der von HAB-Net geschaffenen und ausgebauten Infrastruktur zu schließen.

Ich hoffe nun, dass die Anbieter in dieser Sache zu einer einvernehmlichen Lösung zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in Langenprozelten gelangen.



Meine Gesprächspartner waren (v.l.): Klaus Markert (Deutschen Telekom AG), Stephan Dausacker und Anja Binder (HAB-Net DSL), Jürgen Lippert (Bürgermeister der Stadt Gemünden) und Erhard Glaab (Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Lohr).

Gute Nachricht auch aus und für Harrbach:

Die Telekom hat ihre Arbeiten in Harrbach abgeschlossen, wie mir Bürger berichteten, für deren Anschluss ich mich eingesetzt hatte. Jetzt ist sogar eine Geschwindigkeit vom 100mBit/s möglich!

Alle Bericht auf www.bernd-ruetzel.de

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



BARRIEREFREIER UMBAU DES BAHNHOFS BURGSISS IST MÖGLICH

Wie bereits im Zuge einer ersten Besichtigung angekündigt, waren jetzt hochrangige Vertreter der Deutschen Bahn (DB) in Burgsinn, um sich die Situation vor Ort anzusehen.



Planungen zur Barrierefreiheit (v.l.): Frank Fries, Heike Petershöfer, Bürgermeister Robert Herold, Dritter Bürgermeister Christian Gutermuth, Gisbert Brauner und Mike Junghans.

Als realistisch bezeichnete Frank Fries den Bau der Unterführung mit einem Aufzug am Ende zum Gleis. Durch die permanente digitale Überwachung der neuesten Aufzugsgenerationen komme es dabei auch nicht mehr zu bemerkenswerten Ausfällen. Die wegen Renovierungsarbeiten ab 2024 geplante, einjährige Streckensperrung böte sich für die Umbaumaßnahme an.

Gleichzeitig könnte auch die Bahnsteighöhe von jetzt 38 Zentimeter auf die dem zukünftigen Standard entsprechenden 76 Zentimeter, beziehungsweise 55 Zentimeter, erhöht werden, um den durchschnittlich über 300 Fahrgästen täglich einen behindertengerechten Ein- und Ausstieg zu gewährleisten.

Ich freue mich, dass sich die Bahn in der Region stark engagiert und für Verbesserungen sorgt.

**Einen ausführlichen Bericht gibt es auf
www.bernd-ruetzel.de**

ERÖFFNUNG HALLENBAD GEMÜNDEN

Seit wenigen Tagen ist das sanierte Gemündener Hallenbad für die Öffentlichkeit wieder zugänglich und nutzbar. Darauf bin ich unglaublich stolz, denn mit dem Förderverein haben wir fast sieben Jahre lang dafür gekämpft und die Generalsanierung begleitet.

Zur Wiedereröffnung haben wir gemeinsam mit dem Historischen Verein Gemünden und Umgebung eine Chronik erstellt, die mit zahlreichen Bildern ausgestattet ist und auf 106 Seiten auch 100 Jahre Badekultur in Gemünden beschreibt. Eine tolle Dokumentation, die es wert ist, gelesen zu werden.



Als Fördervereinsvorsitzender durfte ich im neu sanierten „Drei-Flüsse-Bad“ mit den weiteren Herausgebern Lotte Bayer und Bruno Schneider vom Historischen Verein die Bäderchronik präsentieren.

Die Chronik „100 Jahre Badekultur in Gemünden“ ist bereits ab 1. März bei Lotte Bayer, Scherenbergstr. 3, bei mir im Bürgerbüro, Obertorstr. 13, in der Touristinfo der Stadt Gemünden am Rathaus und in der Buchhandlung Hofmann in der Bahnhofstr. 27 zum Preis von 9 Euro erhältlich. Der Reinerlös geht an den Hallenbadverein zur Unterstützung des Bades.

Offiziell eröffnet wird das „Drei-Flüsse-Bad“ dann am 9. März.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



SOPHIES POST AUS DEN USA



Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – das ermöglicht das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). Auf meine Einladung mit dabei: Sophie Maier aus Bischbrunn, die seit wenigen Wochen nun in den USA ist. Hier ihr aktueller Bericht:

Meine erste amerikanische Superbowl-Party war super. Zusammen mit meiner Gastfamilie, Nachbarn und Freunden haben wir das aufregende Football-Finale zwischen den New England Patriots und den Philadelphia Eagles angeschaut. Es gab typisch amerikanische Snacks und Bier im Überfluss und es wurde ausgiebig gefeiert, dass die Eagles als eigentliche „Underdogs“ gewonnen hatten.

Mein Highlight im Februar war jedoch meine Reise nach Las Vegas. Die Stadt ist sehr bekannt für die vielen Hotels, Casinos und Leuchtreklamen auf dem Vegas Strip, man weiß gar nicht, wo man zuerst hinschauen soll. Aber auch das Nachtleben und verschiedene Veranstaltungen sind typisch für Las Vegas. Ich hatte das Glück, auf ein Konzert der Backstreetboys gehen zu können.

Am letzten Tag meiner Reise habe ich noch den Grand Canyon besucht. Die Aussicht in die Schlucht des Canyons ist atemberaubend. Mit Einsetzen des Sonnenuntergangs zeigt sich der Canyon in seiner vollen Farbenpracht. Nur zu Recht ist das eines der sieben Weltwunder.

My first American Superbowl party was awesome. Together with my host family, neighbors and friends, we watched the exciting football game between New England Patriots and Philadelphia Eagles. There were plenty of American snacks and beer and it was celebrated extensively that the Eagles had won as actual underdogs.

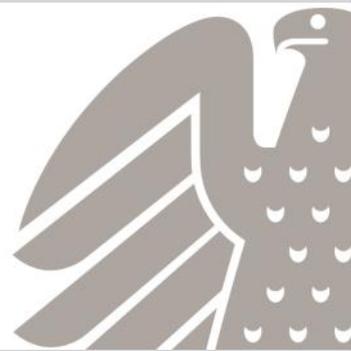
My highlight in February, however, was my trip to Las Vegas. The city is well known for the many hotels, casinos and neon signs at the Vegas Strip, you do not even know where to look first. But nightlife and various events are typical of Las Vegas. Lucky my, I was able to attend a backstreetboys concert.



On the last day of my trip, I visited the Grand Canyon. The view into the gorge of the canyon is breathtaking. With the sunset, the canyon shows its full blaze of color. Only rightly, this is one of the seven wonders of the world.

**Alle Texte meiner
PPP-Stipendiatinnen unter
www.bernd-ruetzel.de**

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs

Volkmar Halbleib

Parlamentarischer
Geschäftsführer der
SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für
Stadt und Landkreis Kitzingen



100 Jahre Frauenwahlrecht, Minirenten für Frauen und die Lohnlücke

Liebe Leserinnen und Leser,

am 8. März ist Weltfrauentag, ein Tag mit langer sozialdemokratischer Tradition. Als ihn Frauen in Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz im März 1911 erstmals begingen, war das große Thema die Forderung nach dem freien, geheimen und gleichen Frauenwahlrecht. Dafür setzten sich vor 1900 nur die Sozialdemokraten ein. Dessen Einführung vor 100 Jahren feiern wir 2018, unter anderem bei meinem Frauenempfang am 4. März, um 11 Uhr in der Residenzgaststätte B. Neumann.

Dabei wollen wir allerdings auch immer noch vorhandene Defizite bei Gleichbehandlung und Gleichberechtigung thematisieren. Mit Dr. Simone Strohmayer, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, diskutieren wir über gleiches Geld für gleiche Arbeit und die Tatsache, dass Frauen in Parlamenten unterrepräsentiert sind. Auch darüber, dass sich Familie und Beruf hierzulande schwierig vereinbaren lassen und dieser Umstand Frauen häufiger trifft als Männer, wollen wir uns austauschen.

Betroffen macht mich immer wieder, wie unterschiedlich die Lebensleistungen von Frauen und Männern bewertet werden. Frauen im Landkreis Würzburg hatten 2016 lediglich 68,8 Prozent der Durchschnittsrente in der Region (= 837,87 Euro) zur Verfügung. Die durchschnittliche Frauenrente lag laut bayerischem Arbeitsministerium bei 576,12 Euro, die für Männer bei 1.124,03 Euro. Diese Frauen können das Leben nur mangelhaft und mit großen Abstrichen für Gesundheit und Wohlergehen bestreiten. Es kann doch nicht sein, dass ein auskömmlicher Ruhestand bei uns wesentlich vom Geschlecht abhängt!

Noch immer beträgt die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen stellenweise über 20 Prozent. Frauen haben seltener

einen festen Job, arbeiten zu oft in Teilzeitmodellen, haben kaum Karrierechancen und verdienen weniger, als ihnen zustehen würde. Das ist unserer Gesellschaft unwürdig. Lassen Sie uns am 4. März miteinander darüber diskutieren! Anmeldung unter Telefon 0931/59384.

Ihr/Euer

Volkmar Halbleib

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL
Sammelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
buergerbuero-halbleib@t-online.de

Martina Fehlner

Tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion
Abgeordnete für Aschaffenburg-West
Betreuungsabgeordnete für AB-Ost und Miltenberg

Frauenhäuser brauchen mehr Geld - Staatsregierung lässt Mitarbeiterinnen und hilfesuchende Frauen im Stich

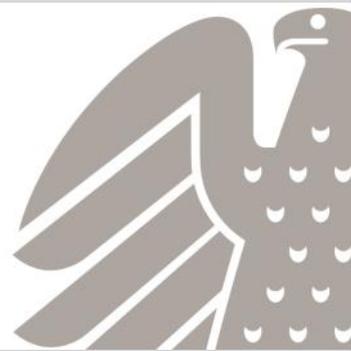
Liebe Leserinnen und Leser,

Die SPD-Landtagsfraktion kritisiert, dass die Staatsregierung immer noch zu wenig für gewaltbetroffene Frauen tut und fordert, die Frauenhäuser in Bayern endlich mehr zu unterstützen. Momentan muss jede zweite hilfesuchende Frau abgewiesen werden, weil in den Frauenhäusern kein Platz mehr frei ist. Die Mitarbeiterinnen sind oft überlastet und überfordert. Seit einem Jahr liegt uns eine Studie vor, die den Bedarf von Frauenhäusern, Notrufen und Beratungsstellen beschreibt. Nach wie vor ignoriert die CSU-Staatsregierung die äußere kritische Lage und beschränkt sich weiterhin nur auf ein Trostpflaster. Im Nachtragshaushalt sieht die Staatsregierung lediglich ein Plus von 800.000 Euro vor. Benötigt werden aber zusätzlich mindestens drei Millionen Euro.

Besonders die Personalausstattung der Frauenhäuser, Beratungsstellen und Notrufe entspricht schon seit Jahren nicht mehr dem tatsächlichen Bedarf. Die lebensnotwendigen Hilfseinrichtungen können von den Frauenhäusern oft nur durch Spenden und ehrenamtliches Engagement überleben. Den Frauen und ihren Kindern muss dringend geholfen werden.

Die von der Staatsregierung vorgesehene Erhöhung der Fördergelder reicht bei weitem nicht aus, um die wichtigsten

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



Aufgaben zu finanzieren. Mit dem zusätzlichen Geld müssen die Mitarbeiterinnen der Einrichtungen zuallererst von Verwaltungsaufgaben entlastet werden, um sich intensiver der individuellen Beratung und Betreuung der Frauen widmen zu können. Der Schutz der Frauen ist ein Grundrecht, das der Staat uneingeschränkt wahrnehmen muss. Dafür setzen wir uns weiter ein.

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuerou@martina-fehlner.de

GEORG ROSENTHAL

Unterfrankensprecher
in der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für Würzburg-Stadt

Betreuungsabgeordneter für MSP



Liebe Leserinnen und Leser,

Familie – ein Wort, das ich mit Geborgenheit und Sicherheit verbinde. Aber genau diese Familie steht gerade an der Belastungsgrenze. Kitas sind nicht am Wohn- bzw. Arbeitsort, zu teuer oder haben Öffnungszeiten, die sich nicht mit den Arbeitszeiten der Eltern verbinden lassen. Diese Umstände sind eine Belastung für viele Familien.

Was also tun, um Familien zu entlasten?

Genau diese Frage haben wir uns bei der Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion am 18. Januar in Kloster Irsee gestellt. Für meine KollegInnen und mich ist es wichtig, schnell eine hochwertige und bedarfsdeckende Kinderbetreuung zu garantieren und dabei gleichzeitig den Geldbeutel der Eltern zu entlasten. Kitaplätze kosten in Bayern je nach Wohnort unterschiedlich viel.

In München zahlen Familien im Durchschnitt 457 Euro, in Nürnberg 280 Euro im Monat für die Betreuung eines Kindes. Das können sich viele Familien, trotz der Staffelung nach Einkommen in manchen Städten, nicht leisten. Aus diesem Grund setzen wir uns für einen Rechtsanspruch auf **kostenfreie Kindergartenplätze** ein. Bis 2020 wollen wir in einem Stufenmodell die finanzielle Belastung von Eltern schrittweise zurückschrauben.

Darüber hinaus muss ein **Ausbau der Betreuungsplätze** für Kinder unter drei Jahren stattfinden und mehr Personal zur Verfügung gestellt werden, dafür braucht es eine Aufstockung der Landesmittel. Doch die Staatsregierung stellt sich quer: Ein Antragspaket der SPD zur Qualitätsverbesserung in bayerischen Kitas wurde in der Sitzung des Sozialausschusses am 8. Februar von der CSU abgelehnt.

Auch in Punkto **Arbeitszeit** muss sich für Familien dringend etwas tun. Viele Frauen und auch einige Männer gehen nach der Geburt ihres Kindes in Teilzeitarbeit, um mehr Zeit mit ihrem Kind verbringen zu können. Doch meistens gibt es, sobald das Kind alt genug ist, keine Möglichkeit mehr, für diese Mütter und Väter in ihre Vollzeitstelle zurückzukehren. 47 Prozent der Frauen arbeiten in Teilzeit, viele davon aufgrund eines Kindes. Deshalb ist es wichtig, dass wir das Berufsleben familienfreundlicher gestalten. Schon allein durch flexible Arbeitszeiten lässt sich der Tagesablauf von Familien erleichtern. Mir ist es aber auch ein Anliegen, dass Frauen und Männer nach einer Verkürzung auf Teilzeit das Recht darauf haben, wieder **in ihre Vollzeitbeschäftigung zurückkehren zu können**. Dafür müssen wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen. Nur so kann ein modernes und unbeschwertes Familienleben in Bayern ermöglicht werden.

Ihr/ Euer

Georg Rosenthal

Abgeordnetenbüro Georg Rosenthal, MdL
Semmelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 99110 161 | Fax: 0931 99110 162
buergerbuerou@georg-rosenthal.de